

# Verordnung über die gewerbeorientierten Bürgerschaftsorganisationen

Kurzbericht über die Ergebnisse der Anhörung

## 1 Zum Anhörungsverfahren

Eingeladene Organisationen	Eingegangene Stellungnahme
<b>Volkswirtschaftsdepartemente der Kantone</b> (26)	AG, AI, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS ZG, ZH (24)
<b>Banken</b> (6: UBS, CS, VSKB, SVRB, RBA-Holding, SBVg)	VSKB, SBVg (UBS, CS, VSKB, SVRB, RBA-Holding) (2)
<b>Bürgerschaftsgenossenschaften</b> (12: SVGB (11 inkl. GBZ), SAFFA)	ArbG (OBTG, BGBE, CVC, SAFFA, GBZ), Einzelne: BTG, OBTG, ONCM (4 Stellungnahmen von 7 Organisationen)
<b>Verbände</b> (1: SGV)	SGV (1)
<b>Weitere nicht eingeladene Organisationen</b>	CP Centre Patronal VD, FER Fédération des Entreprises Romandes GE, KGL Gewerbeverband Kt. LU (3)

### Nicht fristgerecht geantwortet haben

Volkswirtschaftsdepartemente der Kantone:	2	(JU, AR)
Banken:	0	via die SBVg haben alle eingeladenen Banken geantwortet
Bürgerschaftsgenossenschaften:	5	(BSG, CFC, BGG, OGCM, OVAC)
Verbände:	0	

## 2 Die Stellungnahmen im Überblick

	Positiv	Positiv mit punktueller Kritik	Negativ
<b>Volkswirtschaftsdepartemente der Kantone</b> (24)	AG, FR, SH, TG, UR, ZG	BE, BL, BS, GE, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TI, VD, VS, ZH	AI
<b>Banken</b> (2)		VSKB, SBVg	
<b>Bürgerschaftsgenossenschaften</b> (4)		ArbG, BTG, OBTG, ONCM	
<b>Verbände</b> (1)		SGV	
<b>Weitere nicht eingeladene Organisationen</b> (3)		CP, FER, KGL	

### **3 Allgemeine Bemerkungen zu Anhörung und Verordnungsentwurf**

Ein Kanton (ZG) vermisst Hinweis für die Qualifikation (Vorhaben von untergeordneter Tragweite) sowie die Begründung für die Verkürzung der Anhörungsfrist von 3 auf 2 Monate. Eine Besonderheit bildet der seit 1972 bestehende Bürgschaftsfonds, der von SZ Kantonalbank verwaltet wird. Eckzahlen 2004: 316 Anträge erhalten, 310 zugesagt (CHF 17 Mio.), Total Bürgschaftsvolumen CHF 110 Mio.

AI ist der einzige Anhörungsteilnehmer, der den Verordnungsentwurf ablehnt: Der Staat soll keine komplizierten Strukturen aufbauen in einem Bereich, von dem er nichts versteht. Falls Unterstützung von Unternehmen, dann nur direkt über à fonds perdu Beiträge.

Die Banken weisen auf Bedenken hin, ob das Instrument der gewerblichen Bürgschaft vom Markt her wirklich noch seine Rechtfertigung hat. Sie erachten die Überprüfung der Zielerreichung nach 2-3 Jahren als unabdingbar. Sie wünschen keine Wiederholung der negativen Erfahrung, die sie in der Vergangenheit mit dem Bürgschaftssystem gemacht haben, erachten eine ausreichende Kapitalisierung als zentral und verweisen auf die zentrale Bedeutung des Businessplans zur Festsetzung des Ratings der Organisationen.

### **4 Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Verordnungsentwurfes**

#### **3.1 Artikel 1**

GR, OB TG und SGV wünschen, dass für den Nachweis, dass das Betreiben anderer Geschäfte die Gewährung von Bürgschaften nicht beeinträchtigt, ein strenger Massstab angewendet wird.

Einige Kantone der Westschweiz (GE, NE, VS) sehen Probleme mit der Anwendung von Abs. 2 Bst. b im Falle einer neugegründeten Organisation.

Die Banken messen den Businessplänen eine grosse Bedeutung zu. Sie bemängeln, dass Beurteilungskriterien dazu fehlen.

#### **3.2 Artikel 2**

BE, OW, SG, SO sowie die ArbG und das CP wollen die Zahl der Genossenschaften explizit festhalten oder beschreiben den Spielraum als zu gross. Andere (ZH, GR, TI) begrünnen die gewählte flexible Lösung ausdrücklich oder beschreiben die Überlegungen dazu als nachvollziehbar (OB TG und SGV). BS, BL, GE, LU, VS, BTG, FER und KGL halten unterschiedlich stark an einer eigenen Organisation für ihre Region fest. Die ArbG will die Zentralstelle (GBZ) verankern, OB TG und SGV regen an, diese Möglichkeit zu prüfen. Die Banken wollen 3 Organisationen, sämtliche weiteren regionalen Interessen sollen in Form von "Antennen" darin integriert werden. Sie bemängeln, dass Kriterien und Vorgaben für eine zweckmässige und kostengünstige Leistungserbringung fehlen.

#### **3.3 Artikel 3**

BL, GL, GR, ArbG, OB TG und SGV weisen auf Abgrenzungsprobleme in der Praxis durch den Ausschluss der Forst- und Landwirtschaftsbetriebe hin.

Die Westschweiz (GE, NE, VD, ONCM, CP) weist darauf hin, dass das Bürgschaftswesen Unternehmen aller Branchen offen stehen soll. „Gewerbe“ soll durch „KMU“ ersetzt werden.

Die Banken finden den Begriff gewerbliche KMU unpräzise, bemängeln den Begriff Bankdarlehen als zu einschränkend sowie das Fehlen der Angabe des Finanzierungszwecks.

#### **3.4 Artikel 4**

BE, BS, BL und ArbG wollen eine höhere Bürgschaftslimite oder eine Kombination mit Berghilfebürgschaften zulassen. ZH wünscht ausdrücklich keine Kombination von Gewerbebürgschaften mit regionalpolitischen Bundesinstrumenten. NE und ONCM weisen darauf hin, dass die Kombination mit kantonalen Finanzhilfen möglich sein muss.

GR, OB TG und SGV betonen, dass eine nachhaltige Sanierung möglich sein muss. NE und VD wünschen, dass der Begriff „entwicklungsfähig“ etwas weiter gefasst wird.

Die Banken erachten es als zentral, dass die Kreditvergabe auf der Prüfung von Kreditwürdigkeit und -fähigkeit sowie Marktleistungen, Ertragskraft und Perspektiven des Unternehmens fusst. Sie wünschen eine Beschreibung dieses Prozesses.

### **3.5 Artikel 5**

Die Banken konstatieren, dass für ein Bürgschaftsvolumen von CHF 600 Mio. Eigenmittel in der Höhe von CHF 120 Mio. notwendig sind. Eine ausreichende Kapitalisierung der Organisationen ist ihnen wichtig, Engagements in der Höhe des fünffachen Eigenkapitals scheinen ihnen zu hoch.

### **3.6 Artikel 6**

NE, ONCM und die Banken finden 10 Jahre Amortisationsdauer zu lang, VD findet 10 Jahre zu kurz.

### **3.7 Artikel 7**

ZH findet diese Bestimmung zentral, sie dürfe nicht verwässert werden. SO möchte sie verschärfen. NE und ONCM weisen darauf hin, dass sämtliche Sicherheiten durch die Bank verwaltet werden sollen. VD und CP wünschen eine klare Unterscheidung zwischen Bewilligungskosten und Risikoprämie.

### **3.8 Artikel 9**

BE wünscht die Rückerstattung von Wiedereingängen noch stärker zu Gunsten der Organisationen auszubauen. GL und GR wollen die Regelung streichen, da sie falsche Anreize setzt. ArbG, OB TG und SGV finden den Verzicht des Bundes auf Wiedereingänge aner kennenswert, jedoch nicht praktikabel.

### **3.9 Artikel 10**

ArbG findet, Art, Umfang und Abgeltung von Leistungen in einem öffentlichen Vertrag festzuhalten, schaffe Unsicherheit. Die Banken regen an, den Vorgang der Vertragserneuerung zu erläutern.

### **3.10 Artikel 11**

GR und VD bemängeln, dass bei einer Bürgschaft über CHF 500'000 im Falle einer Honorierung ohne Amortisation die Organisationen Zinsen und Kosten zu tragen haben. OB TG und SGV meinen, dies käme selten vor und wäre deshalb akzeptabel.

### **3.11 Artikel 12**

Hinsichtlich der Einbindung der Kantone, sind einige Kantone (BE, NW, OW) nicht gewillt sich stärker an den Verwaltungskosten zu beteiligen oder der Meinung, dass diese sehr gering gehalten werden müssen. Andere sind offen, finden die Rolle der Kantone aber zu vage oder erwarten einen Verteilschlüssel (BS, GL, GR, SZ, TI).

GL, OB TG und SGV stellen die betriebswirtschaftliche Beurteilung der Einrichtung einer Aussenstelle in den Vordergrund. SG will sich aus der Finanzierung zurückziehen.

Hinsichtlich der Ausrichtung der Verwaltungskostenbeiträge an die Organisationen ist ZH für einen einheitlichen Finanzierungsschlüssel, der eine Gleichbehandlung sicherstellt (z.B. Prozentsatz der erteilten Bürgschaften und eine Leistungskomponente). Die ArbG zieht der Berechnung der anrechenbaren Verwaltungskosten mittels Kontenplan den Status quo vor, d.h. eine Verteilung nach einem festen Schlüssel (Grundbeitrag, Anzahl Bewilligungen, Bürgschaftsbestand). Letzteren befürworten auch OB TG und SGV.

Die Banken konstatieren, dass dieser Artikel Anreize schaffe, die einer effizienten Führung und Verwaltung kaum förderlich sind. Anreize zur effizienten Leistungserbringung und zur Generierung von Drittbeiträgen fehlen. Diese Problematik verstärkte sich noch, da in Art. 2 Kriterien und Vorgaben für eine zweckmässige und kostengünstige Leistungserbringung fehlen.

### **3.12 Artikel 13**

ArbG meint, die Formulierung ist zu weit gefasst, „die übrigen“ sei zu streichen. OB TG und SGV fordern Garantie, dass nachrangige Darlehen keine Belohnung für eine offensive und extensive Bewilligungspolitik sind.

### **3.13 Artikel 14**

ArbG meint, eine ergänzende Gesuchstellung für Verlust- und Verwaltungskostenbeiträge sei nicht notwendig.

### **3.14 Artikel 15**

ArbG meint, die Verwaltungskostenbeiträge von jährlich CHF 3 Mio. seien nicht aufgrund von Schätzungen der Verluste bzw. der ungedeckten Verwaltungskosten zu leisten, sondern –

wie in ihrem Kommentar zu Art. 12 ausgeführt – aufgrund eines festen Schlüssels festzusetzen.

### **3.15 Artikel 16**

BE, GL und LU betonen, dass das Engagement der Kantone den bisheriger Rahmen nicht übersteigen darf. Die ArbG meint, die Erlangung kantonaler Beiträge sei Bundessache und will den Artikel ersatzlos streichen.

### **3.16 Artikel 18**

ArbG will „periodisch“ ersetzen durch „jährlich“.

### **3.17 Artikel 19**

ArbG, OBTG und SGV gehen davon aus, dass Delegierter ausschliesslich die Zentralstelle sei. Nicht durch die Zentralstelle per Leistungsauftrag übertragene Aufgaben sind durch das SECO, nicht aber durch aussenstehende, mit dem Bürgschaftswesen nicht vertraute Dritte wahrzunehmen.

## **4 Abkürzungen der Anhörungsteilnehmer**

### **4.1 Volkswirtschaftsdepartemente**

ZH Kanton Zürich

BE Kanton Bern

LU Kanton Luzern

UR Kanton Uri

SZ Kanton Schwyz

OW Kanton Obwalden

NW Kanton Nidwalden

GL Kanton Glarus

ZG Kanton Zug

FR Canton de Fribourg

SO Kanton Solothurn

BS Kanton Basel-Stadt

BL Kanton Basel-Landschaft

SH Kanton Schaffhausen

AR Kanton Appenzell-Ausserrhoden

AI Kanton Appenzell-Innerrhoden

SG Kanton St. Gallen

GR Kanton Graubünden

AG Kanton Aargau

TG Kanton Thurgau

TI Cantone Ticino

VD Canton de Vaud

VS Kanton Wallis / Canton du Valais

NE Canton de Neuchâtel

GE Canton de Genève

JU Canton du Jura

### **4.2 Interessierte Kreise**

SVGB Schweizer Verband der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften

OBTG Ostschweizerische Bürgschafts- und Treuhandgenossenschaft

BGBE Bürgschaftsgenossenschaft für das Gewerbe, Burgdorf

CVC Coopérative Vaudoise de Cautionnement

GBZ Zentralstelle für das gewerbliche Bürgschaftswesen Schweiz

BTG Bürgschaftsgenossenschaft beider Basel

ONCM Office neuchâtelois de cautionnement mutuel pour artisans et commerçants)

BSG Bürgschaftsgenossenschaft des solothurnischen Gewerbes

CFC Coopérative de cautionnement des arts et métiers fribourgeois

BGG Bürgschaftsgenossenschaft für das Gewerbe, Luzern

OGCM Office genevois de cautionnement mutuel pour commerçants et artisans

OVAC Office valaisan de cautionnement mutuel pour artisans et commerçants

SAFFA Bürgschaftsgenossenschaft der Frauen

ArbG Arbeitsgruppe Bürgschaftswesen (OBTG, BGBE, CVC, SAFFA, GBZ)

UBS Union Bank of Switzerland

CS Credit Suisse

VSKB Verband Schweizer Kantonalbanken

SVRB Schweizer Verband der Raiffeisenbanken

RBA-Holding Schweizer Regionalbanken

SBVg Schweizer Bankiervereinigung

SGV Schweizer Gewerbeverband